

- 1. JUNI 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

2/EV/125 - 1. Juni 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Für kommende Stürme gewappnet sein!

74

Zusammenhalt der Nation - das Gebot der Stunde

Von Günter Markscheffel

3

Evert Vermeer

29

Schwerer Verlust für die "Holländische Partei der Arbeit"

3

Der Lückeplan - Eerd sozialer Unruhe

20

Unangenehme Auswirkungen des neuen Mietengesetzes

4 - 5

Das Hin und Her muß ein Ende haben

93

SED zeigt Wege aus der Sackgasse
der Diskussion über die Krankenversicherung

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

6 - 7

Reminiszzenzen aus jenen Tagen

66

Als Eichmann in Berlin wütete

Von Inge Deutschkron

* * * * *

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in unserer morgigen Ausgabe
ein Interview mit Waldemar v. Knoeringen

"Die Lehre von Paris - Neue Problemstellungen
für die deutsche Politik"

Für kommende Stürme gewappnet sein!

Zusammenhalt der Nation - das Gebot der Stunde
Von Günter Markscheffel

Seit der gescheiterten Pariser Gipfelkonferenz hat in der deutschen Öffentlichkeit die Diskussion über das Problem "gemeinsame Außenpolitik" eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Je nach Temperament und Neigung ist man bei der Erörterung dieser Frage häufig von gefühlbetonten Überlegungen ausgegangen oder von Erwägungen, die mehr im Parteitaktischen zu suchen sind. Mitunter hat man auch beides miteinander vermischt.

Ohne Zweifel wäre es falsch und der deutschen Sache abträglich, wollte man das Debakel von Paris als "Nachweis" für die Richtigkeit oder das Versagen dieser oder jener Politik heranziehen. Selbst diejenigen, die heute behaupten, sie hätten nie etwas von einer Gipfelkonferenz gehalten, haben noch vor einigen Wochen erklärt, daß Paris nur ein Anfang sei, dem zahlreiche andere internationale Konferenzen folgen würden oder sogar folgen müßten...

Die Deutsche Sozialdemokratie wird sich nicht an dem Puzzlespiel einer nachträglichen "Wenn- und Ob-Strategie" beteiligen, zumal alle ernst zu nehmenden Politiker des Westens trotz des Scheiterns der Pariser Konferenz betont haben, daß weiterhin ein Weg zur Entspannung des Ost-West-Verhältnisses gesucht werden müsse.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, dürfte es einleuchtend sein, wenn die Bemühungen aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zunächst auf eine ehrliche Bestandsaufnahme, dessen was ist, konzentriert werden. Es würde sich also darum handeln, in dem hierfür verfassungsmäßig zuständigen Gremium die Analyse der Fakten zu erarbeiten und in eine sachliche Beratung über die aus einer solchen Analyse zu ziehenden Schlußfolgerungen einzutreten. Ob am Ende einer solchen Beratung so etwas wie eine gemeinsame Außenpolitik stehen kann, vermag im Augenblick niemand zu sagen. Vielleicht wird sich, wenn man diese Beratung ernsthaft durchführt, in einzelnen Fragen Übereinstimmung ergeben. Vielleicht wird - unter dem Druck der politischen Entwicklung in Ost und West, auf die wir wenig Einfluß haben - einer neuen Situation mit neuen Ideen begegnet werden müssen. Möglich aber kann dies nur sein, wenn niemand versucht, das gefühlsbedingte Drängen nach Gemeinschaft in einen Irrick zu verwandeln, mit dessen Hilfe er den Partner ausschalten kann. Das wäre

gleichbedeutend mit der Spaltung der Nation, die als zusätzliche Belastung zur Spaltung des Vaterlandes hinzukommen würde.

Wer da sagt, der Erfolg eines solchen Bemühens sei von vornherein infrage gestellt, katein kurzes Gedächtnis. 1955 sind Bundeskanzler Dr. Adenauer und der sozialdemokratische Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Prof. Carlo Schmid, gemeinsam nach Moskau gefahren. Die deutsche Politik stand damals vor der konkreten Frage, ob es eine Möglichkeit gibt, ohne Vorleistungen an die Sowjetunion die Heimkehr vieler Tausender Kriegsgefangener zu erreichen. Regierung und Opposition waren damals gleichermaßen der Meinung, daß alles getan werden müßte, um wenigstens in diesem Punkt zu einem Ergebnis zu gelangen. Die unmittelbare Folge des gemeinsamen Bemühens war die Rückkehr Tausender bis dahin noch in der Sowjetunion zurückgehaltener deutscher Kriegsgefangener, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau, sowie ein Handels- und Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.

Die Unterschiede zwischen Regierung und Opposition wurden dadurch keineswegs verwischt. Aber hätte man damals gesagt, eine sachliche und ehrliche Bestandsaufnahme der in dieser Situation gegebenen politischen Faktoren sei nicht möglich, dann wären sicher viele der heute wieder in ihren Familien lebenden Kriegsgefangenen in den Lagern Sibiriens geblieben.

Wir meinen also, daß es schon einen Sinn hätte, die konkreten Fragen der deutschen Politik sachlich zu erörtern und auch bestimmte Schlußfolgerungen aus den uns noch verbleibenden Möglichkeiten einer wirklichen Wiedervereinigungspolitik zu ziehen.

Es gibt den in zahlreichen Bundestagssitzungen einstimmig proklamierten Willen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands mit friedlichen Mitteln.

Es gibt die von keiner Partei des Bundestages bestrittene Feststellung, daß die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nur in einer Periode der internationalen Entspannung zu erreichen sein wird.

Und es gibt schließlich die kaum noch diskutierte gemeinsame Vorstellung, daß die Entspannung zwischen Ost und West sicher nur auf dem Wege über die Abrüstung erreicht werden kann.

Bei diesen Berührungspunkten anzusetzen, das praktische Verhalten der deutschen Politik an ihnen auszurichten - das wäre mehr wert, als das etwas nebelhafte Geräde über den Begriff einer gemeinsamen Außenpolitik oder gar die sehr harte Forderung nach der Kapitulation vor dieser oder jener Politik.

Evert Vermeer

H.P. An den Folgen eines Magenleidens ist der Vorsitzende der Holländischen Partei der Arbeit am 30. Mai in Amsterdam verstorben. Evert Vermeer war in Deutschland noch nicht sehr bekannt. In Holland aber hat er sich in den letzten Jahren zu einer höchst angesehenen und beliebten Persönlichkeit im öffentlichen Leben entwickelt. Als sein Vorgänger, Koos Vorriak, im Jahre 1955 starb, wurde Evert Vermeer, der zu der Zeit Sekretär im Hauptvorstand der Partei war, zum Vorsitzenden gewählt, weil er die notwendigen Begabungen zu einer derartigen Führerrolle besass: tiefverwurzelte Überzeugungen, rhetorisches Geschick und eine liebenswerte Offenheit.

Von Beruf Journalist, hat sich Vermeer in den dreissiger Jahren in der Propagandaarbeit für seine Partei bestens bewährt. Vor dem Kriege und während der Besetzung Hollands stand er in der vordersten Front gegen kommunistische und faschistische Gefahren. In der Widerstandsbewegung spielte er eine bedeutende Rolle, 1946 wurde er Mitglied der Zweiten Kammer des Parlaments. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden seiner Partei widmete er sich hauptsächlich der Verteidigungs- und der Aussenpolitik. Als Mitglied der Konferenz der NATO-Parlamentarier und des interparlamentarischen Banelux-Rates galt sein besonderes Interesse der Schaffung eines geeinten Europas. Auch die Sozialistische Internationale erkannte seine ausserordentlichen Fähigkeiten und wählte ihn zum Vorsitzenden des Verbindungsbüros der sechs sozialistischen Parteien der EWG. In dieser Eigenschaft widmete er sich besonders der Ausarbeitung eines sozialistischen Programms für Europa.

Im Alter von 49 Jahren ist er nun viel zu früh verstorben, und alle Menschen, die ihn kannten, politische Freunde wie auch Gegner, werden ihn vermissen. Es ist ein Verlust für seine Partei, für die niederländische Politik, für Europa und die internationale Arbeiterbewegung.

+ + +

Der Lückeplan - Herd sozialer Unruhe

sp - Empfindliche Mieterhöhungen bis zu 36 Prozent haben nach Verabschiedung des Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft fünf Millionen Haushalte in der Bundesrepublik zu erwarten. Schon heute läßt sich sagen, daß dieses Gesetz eine Fülle sozialer Ungerechtigkeiten in sich birgt und für viele Familien eine beträchtliche Minderung ihres Lebensstandards bringen wird. So sind in Kassel allein fast 3 000 vorsorgliche Kündigungen von Hausbesitzern ausgesprochen worden, die von ihren Mietern die Instandsetzung ihrer Wohnungen forderten. Bei den betreffenden Familien herrscht begreifliche Erregung, da die meisten von ihnen infolge des bestehenden Wohnungsdefizits keine Ausweichmöglichkeit haben. Der Lücke-Plan begünstigt zu stark einseitige Interessen, ausserdem setzt er für seine Verwirklichung viel zu kurze Fristen. Darin liegt seine Hauptschwäche; statt dem Rechtsfrieden unter den Mietvertragspartnern zu dienen, ist er eine Quelle vor zu erwartenden und für alle Beteiligten gewiss unangenehmen Auseinandersetzungen. Die oamhin überlasteten Gerichte werden in Zukunft alle Hände voll zu tun haben. Die Gewerkschaften haben ausserdem angekündigt, daß sie die Minderung des Lebensstandards für viele Millionen Menschen nicht widerspruchlos hinnehmen werden.

+ + +

- 4 -

Das Hin und Her muß ein Ende haben

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

Die Beratungen des Regierungsentwurfs zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung sind in eine Sackgasse geraten. Nach wie vor stößt der Gesetzentwurf auf erhebliche Widerstände bei der versicherten Bevölkerung, den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen, vielen Ärzten und Zahnärzten sowie bei den öffentlichen und freien gemeinnützigen Krankenhäusern. Abgesehen von den Arbeitgebern lehnen praktisch alle Beteiligten die entscheidenden Vorschriften des Regierungsentwurfs ab.

Den gesetzgebenden Körperschaften liegt eine unübersehbare Fülle sachverständig begründeter Einwände, Bedenken und Änderungsvorschläge vor. Sie betreffen sowohl die Grundzüge des Regierungsentwurfes, als auch viele Einzelfragen der Leistungsgestaltung, Finanzierung und Verwaltungspraxis.

Heilloses Durcheinander

Die CDU/CSU hat sich als unfähig erwiesen, den sachverständigen Einwänden Rechnung zu tragen und das Reformwerk zu bewältigen. Seit Monaten nimmt das Hin und Her in den Regierungsparteien über die wesentlichen Vorschriften des Gesetzgebungsvorhabens kein Ende. Immer neue Änderungspläne und Demotie lösen einander ab.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Regierungsparteien rund drei Jahre Zeit hatten, ihre Vorstellungen über eine Reform der Krankenversicherung zu klären. Der Bundeskanzler hatte die Reform im Jahre 1957 als eine wesentliche innenpolitische Aufgabe bezeichnet.

Kein überhaastetes Gesetz

Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe sah der Bundeskanzler in den rund 1200 Änderungsvorschlägen von Sachverständigen und Unbeteiligten zum Gesetzentwurf keinen Anlaß, seiner Partei zu empfehlen, die Angelegenheit ganz besonders sorgfältig zu bedenken. Vielmehr hat der CDU-Vorsitzende empfohlen, von der Macht der parlamentarischen Mehrheit endlich Gebrauch zu machen. Ein solches Verhalten zeigt, daß in einer sozialpolitisch höchst bedeutsamen Frage offenbar staatsmännische Verantwortung hinter parteipolitisches Prestige zurücktreten soll.

Jetzt besteht die Gefahr, daß die Regierungsmehrheit versucht, ohne Rücksicht auf Einwände, Vorschläge und Warnungen eine gesetzliche Neuregelung der Krankenversicherung überhaastet durchzuführen. Das wäre bei der Bedeutung, die der sozialen Krankenversicherung für rund 45 Millionen Versicherte, Rentner und Familienangehörige zukommt, ein gefährliches Experiment mit der Gesundheit unseres Volkes.

Die Verantwortung gegenüber den Versicherten und ihren Angehörigen sollte es verbieten, eine Neuregelung vorzunehmen, deren soziale, gesundheitspolitische und verwaltungswirtschaftliche Konsequenzen nicht gründlich durchdacht worden sind.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion teilt nicht die Auffassung, eine schlechte Reform sei immer noch besser als gar keine. Die SPD lehnt nach wie vor die Pläne der Bundesregierung auf Zuzahlung für ärztliche Behandlung, Arzonen und Krankenauspflüge ab, und sie wendet sich auch mit Nachdruck gegen jede Absicht, die Zuzahlung etwa über die Organe der sozialen Selbstverwaltung zur Einführung zu bringen.

Aus dieser ganzen Sachlage sieht der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion praktische Konsequenzen. Er hat mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Dinge den sozialpolitischen Arbeitskreis der SPD-Bundestagsfraktion beauftragt, den Entwurf eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der sozialen Krankenversicherung auszuarbeiten. Dieser Entwurf soll sich darauf beschränken, die vordringlichen Fragen der gesetzlichen Krankenversicherung zu regeln.

Hierzu gehören unter anderem: Förderung von Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung, zeitlich unbegrenzte Gewährung von Krankenauspflüge, der Verbesserung von Leistungen der Familienhilfe, Beseitigung der Aussteuerung, "Fortfall der Kassenzuteil", Erhöhung des Krankengeldes einschließlich Zuschuß des Arbeitgebers auf 100 Prozent des Nettolohnes und Verbesserung der sonstigen Barleistungen bei Arbeitsunfähigkeit.

Die Finanzierung dieser Leistungsverbesserungen soll - ohne Kostenbeteiligung und ohne Beitragserhöhungen - durch eine Erstattung sachfremder Ausgaben an die Krankenversicherung erfolgen. Der sozialpolitische Arbeitskreis der SPD-Bundestagsfraktion wird einen konkreten Finanzierungsplan für die als vordringlich erachteten Maßnahmen auf dem Gebiet der Krankenversicherung vorlegen. In dem Entwurf eines Vorschaltgesetzes soll auch der Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die freie Zulassung von Ärzten zur Kassenpraxis Rechnung getragen werden.

Guter Rat ist teuer

Der sozialpolitische Arbeitskreis der SPD-Fraktion wird für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes den Rat von Sachverständigen, insbesondere aus der sozialen Selbstverwaltung und Kreisen der Ärzte, einholen. Der Entwurf eines Vorschaltgesetzes wird so rechtzeitig fertiggestellt sein, daß er unmittelbar nach der Pfingstpause Gegenstand der parlamentarischen Beratungen werden kann.

Außerdem wird durch einen entsprechenden Antrag eine grundsätzliche Entscheidung des Parlaments über die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall herbeigeführt werden. Dabei soll auch den besonderen Bedürfnissen der lohnintensiven Kleinbetriebe Rechnung getragen werden. Eine Reform der Krankenversicherung, die diesen Kassen wirklich verdient und die in ihrem Mittelpunkt die gewandelten sozialen und gesundheitlichen Bedingungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellt, bleibt ein wesentliches sozialpolitisches Ziel der Sozialdemokratischen Partei. Eine derartig umfassende Aufgabe läßt sich aber nicht unter Zeitdruck bis zum Ende dieser Legislaturperiode meistern.

Reminiszenzen aus jenen Tagen

Von Inge Deutschkron

Ich habe ihn nie gekannt, und doch war sein Name allgegenwärtig. Er schien wie ein feuriges Gespenst überall zu lauern. Wo sein Arm zuschlug, da blieben nur Tränen zurück. Wer seinen Namen nannte, sprach ihn flüsternd aus, mit Schrecken im Gesicht, mit Entsetzen im Blick. Der Name war Eichmann, die Zeit 1941, der Ort Berlin, die Menschen Juden, die, da die westlichen Länder ihre Grenzen zur Einwanderung nur einen Spalt geöffnet hatten, in Deutschland wie in einer Falle gefangen saßen.

Eichmann war nach Berlin gekommen, um das Martyrium der Juden zu steigern. Wir wussten damals noch nicht, daß er die "Endlösung" anstrebte. Wir wussten nur, daß alles schlimmer würde, noch schlimmer, denn Eichmann ging der Ruf voraus, Wien bereits "judenrein" gemacht zu haben. Vor seinen Methoden gäbe es keinen Schutz - sagten jene, die es wissen mussten. Sie waren drei Juden, die Eichmann in Wien übrig gelassen hatte, damit sie ihm halfen, in Berlin das Werk dem Wiener Modell entsprechend zu vollbringen. Robert Gerö war einer von ihnen gewesen. Er hat mich oft vor unverhofften Razzien gewarnt und mir vielleicht sogar das Leben gerettet. Ich konnte ihn nicht mehr vor der Rache seiner Glaubensgenossen in Theresienstadt schützen, die ihn zu Recht oder Unrecht als Eichmanns Gehilfe gelyncht haben sollen.

Eichmann hat in der Tat "durchgegriffen". Er hat die Berliner Gestapo zu immer neuen teuflischeren Maßnahmen angestachelt. Während es vor seinem Erscheinen in Berlin zeitlich begrenzte Aktionen gegeben hatte, ließ er nie wieder den Frieden in die jüdischen Kreise Berlins zurückkehren.

Seine Möbelwagen, in denen er seine Opfer verfrachtete, hielten vor irgendwelchen Häusern. Wahllös zerrte man sie hinaus - Frauen, Kinder, Männer, Greise. Ihre Schreie, ihr Entsetzen müssen seine Mordlust noch angefeuert haben. Die Berliner Bevölkerung sah es wohl, und ihre stumme Empörung war offenbar. Aber was scherte dies einen Eichmann. Er hatte die Macht, er räumte Kindergärten aus, er holte Blinde und Taubstumme von den Werkbänken. Und nie will mir der Anblick gerade dieser hilflosen Kreaturen in ihren Lederschurzen aus dem Gedächtnis entweichen,

die Eichmanns Söldner wie Vieh aus dem Hause zerrten. Er ließ es sich nicht nehmen, führende jüdische Persönlichkeiten selbst dem Henker zu überantworten. Lange hatte er in den jungen begabten Vorstandsmitglied der Reichsvertretung der Juden in Deutschland Dr. Conrad Cohen den Eindruck von Vertrauen erweckt. Zum Schluss fürchtete Dr. Cohen seine Unterredungen mit Eichmann kaum noch. Dann kehrte er von einer solchen Unterredung nicht mehr zurück. Ein fehlendes Stück Seife in einer der Reichsvertretung unterstehenden Einrichtungen soll Eichmann zum Anlass für die Verhaftung Cohens genommen haben. Nur wenige Tage danach erschien Eichmanns Garde in der Reichsvertretung der Juden in Berlin fünf Minuten nach acht Uhr morgens und führte sie alle ab, die "unpünktlich" zum Dienst erschienen waren. Am 28. Februar 1945 rasten seine Flitzer und seine Wägelwagen zum letzten Mal durch Berlin. Es sollte der Tag sein, an dem Berlin endgültig "judenrein" wurde. Aus allen Häusern und aus allen Fabriken hat man die Letzten wogeholt - so, wie sie gerade waren, in der Arbeitsschürze oder im Pyjama vom Krankenbett. Ein letztes Feitechenanaller auf dem Bahnhof Grunewald, von dem jahrelang die Deportationszüge abfahren, ein letztes Durchsuchen nach versteckten Schmuck, ein letztes Hineinwerfen in die bereitstehenden Viehwagen zur Reise gen Osten, zur Fahrt in den sicheren Tod. Eichmann konnte sich ähnlichen Aufgaben in anderen nunmehr unter Hitlers Herrschaft stehenden Ländern zuwenden.

Aber Berlin war Eichmann zum Trotz doch nicht "judenrein". Beherzte Berliner versteckten 5000 Juden vor Eichmann, dem Henker. Er jagte auch sie noch, in eine sogenannten "Geplätzterkarteei" waren alle Einzelheiten, alle Merkmale aufgeschrieben. Aber 1200 hielten durch mit der uneigennützigsten Hilfe von Berliner Bürgern. Wir haben Eichmann ein Schnippchen geschlagen, so wie er es 15 Jahre lang zu tun glaubte. Wir sind da, um Rechenschaft zu fordern, nicht nur für die Morde, nicht nur für die Grausamkeiten, auch für die Warten, die uns Überlebende in den nie zu vergessenden Schreien der zum Tode geführten seiner Gewalt überlassenen Blinden, Taubstummen, hilflosen Frauen, Kindern, und Männern ewig beschworen.